

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **4 (1924-1925)**

Heft 3

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der die ganze bisherige Literaturwissenschaft kennzeichnet. Auch sind sie entschuldigt genug durch unser eigenes Verhalten. Wer sein Eigenstes nicht schätzt, darf nicht erwarten, es von andern hochgeschätzt zu finden. Wem die eigene Sprache, in der er spricht und denkt und fühlt, nur zum Alltagsgeschwätz, zu Späßchen und Kinderverschen gut genug scheint; wer keine schöpferischen Kräfte in seiner Mundart verspürt und echte Poesie an die literarische Bildungssprache gebunden glaubt, der wird auch nicht für die mundartliche Dichtung eintreten und sie gegen das allgemeine Bildungsvorurteil in Schutz nehmen können.

Dieses Verhalten ist mit daran schuld, daß unsere Mundartdichtung sich selbst überlassen aufwuchert, daß kritische Talente sich in dieser Wildnis einnisten und weder Stütze noch Schere, d. h. weder Förderung noch Zurechtweisung zu fühlen bekommen.

Eine Literaturwissenschaft, die sich ihres Zusammenhangs mit der Volkskunde bewußt wäre; eine Literaturgeschichte, die sich das Geistesleben im Wort der ganzen Nation, nicht nur der akademischen Bildungsschicht zu ihrem Gegenstande machte; eine literarische Kritik endlich, die das mundartliche Schriftwerk, komme es nun von einem Jakob Burckhardt oder vom Kaminfeger Jakob Hartmann in Schaffhausen, mit gleichem Ernst und gleicher Strenge wie irgend ein russisches, schwedisches oder französisches Sensationsbuch behandelte — sie alle drei wären berufen, unserer Mundartdichtung höhere Ziele zu stecken. Allein sie müßten ihren Dienst am Wort nicht als eine literarische Angelegenheit für Fachleute, sondern als eine Aufgabe zur Pflege der geistigen Wohlfahrt unseres ganzen Volkes zu erfassen imstande sein. Bis dahin ist noch ein weiter Weg!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

**Entspannung unserer außenpolitischen Lage. — Völkerbundsfragen. — Hoffnungen im Zonenkonflikt. — „Erledigung“ der Tessiner Zwischenfälle. — Wiederaufbau unseres Wehrwesens. — Beteiligung der Sozialisten am Bundesrat. — Eine Be-
richtigung zur Pariser Schriftstellerreise.**

Vergleichen wir unsere augenblickliche außenpolitische Lage mit derjenigen vor einem Jahr, so können wir zweifellos eine nicht unwesentliche Entspannung feststellen. Damals tobte unentwegt der Kampf an Rhein und Ruhr, den die deutsche Bevölkerung mit ungleicher Waffe gegen den französischen Eindringling führte, Frankreich zwar wirtschaftlich schweren Schaden zufügend, aber in seinem Ausgang doch nicht zweifelhaft, wenn nicht der passive Widerstand schließlich in bewaffneten Aufruhr ausschlagen sollte; und auch dann aussichtslos, denn Frankreich stand gerüstet gegen jede Eventualität; auch am Oberrhein waren die Ausfallstore, von denen aus seine Truppen in wenig Tagen den verbündeten Tschechen die Hand reichen konnten, Offenburg und Mannheim, in seinem Besitz. In Italien begann sich der Faschismus, der das Erbe der Treudenta und deren großitalienisches Programm übernommen hatte, zusehends zu festigen; seine Organisationen überschritten die eigenen Landesgrenzen und

setzten sich in den benachbarten Gebieten, u. a. auch im Tessin fest; er war bereit, die Gunst der Verhältnisse, d. h. die allgemeine europäische Verwirrung, die Machtlosigkeit Deutschlands, die Einflußlosigkeit Englands auf dem Kontinent auszunützen und im gegebenen Augenblick an die Verwirklichung seines Programmes heranzutreten.

Auf den Herbst hin spitzten sich die Verhältnisse zu; aber gleichzeitig reifte die Entscheidung und mit ihr der Anfang zur Wendung heran. Im Tessin löste ein Zwischenfall den andern ab. Die Ermordung einer italienischen Delegation in Albanien diente Mussolini als Vorwand zur Besitzergreifung des Schlüssels zum adriatischen Meer, der griechischen Insel Korfu. Aber hier zeigte sich, daß Italien die Macht Englands, das zwar wohl dem Kampf am Rhein mit verchränkten Armen zusah, aber über die strategischen Verbindungen mit seinem indischen Reich eifersüchtig wachte, unterschätzt hatte; England legte sein Veto ein, und das isolierte Italien, das an seinen Grenzen wohl ringsum mißtrauische Feinde, aber keine zuverlässigen Freunde besaß, mußte den Rückzug antreten. Im besetzten Gebiet glaubte der von Frankreich ausgehaltene Separatismus seine Stunde gekommen, das linke Rheinufer mit Einschluß des Ruhrgebietes aus dem Verband des deutschen Reiches lösen und zum Pufferstaat unter französischem Protektorat machen zu können. Das nicht besetzte Deutschland, gänzlich erschöpft durch die Aushaltung des Kampfes um den Rhein, stand vor dem Zusammenbruch seiner Währung und damit vor dem wirtschaftlichen Chaos. Frankreich sah sich vor der Erfüllung jahrhundertalter Machtziele; schon glaubte es auch dem kleinen Nachbarn gegenüber die letzte Rücksicht fallen lassen zu können; am 10. Oktober erfolgte die Ankündigung der gewaltamen Aufhebung der Genfer Freizonen, am 10. November die Aufhebung selbst.

Unterdessen aber nahm der Kampf am Rhein eine unerwartete Wendung. Das Reich brach den passiven Widerstand ab und stellte in kurzer Zeit eine stabile Währung her, die das Land vor dem schlimmsten bewahrte. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, trotz schwerster dreivierteljähriger Drangsalierung und trotzdem sie sich durch die Aufgabe des passiven Widerstandes sich selbst überlassen sah, brach nicht nur nicht zusammen, sondern rückte in offenen, blutigen Aufständen dem französischen Söldnergesindel der Separatisten auf den Leib, so daß diese in wenigen Wochen aus dem Lande verschwanden. Frankreich blieb zwar nach wie vor fest im militärischen Besitz von Rhein und Ruhr. Aber es hatte den zweiten Hauptabschnitt im Kampf um deren politischen Dauerbesitz ebenfalls verloren (der erste Hauptabschnitt war das Ringen zwischen Lloyd George und Clemenceau in Versailles gewesen).

Die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Kampfes ließen in den nächsten Monaten nicht auf sich warten; der französische Franken sank von Tag zu Tag tiefer; das „Ruhrpfand“ war nie in dem Maße produktiv geworden, daß aus ihm die Hunderte von Milliarden verzinst, geschweige denn amortisiert werden konnten, die Frankreich für den „Ruhrkampf“, den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete, die Pensionen seiner Kriegsbeschädigten und — die Rüstungen seiner Verbündeten verausgabte und ungedeckt in einem Sonderbudget gebucht hatte. Mit bewundernswerter Schnelligkeit fing Poincaré den Schock auf; zahlte der „Boche“ nicht, dann mußte zur Not das eigene Land zahlen; nur so konnte der einmal eingeschlagene Weg weiter verfolgt werden; durch schwerste Steuerbelastung des ganzen Volkes wurde der Ausgleich im Budget hergestellt, der Franken gefestigt. Aber das Volk folgte ihm in seiner Mehrheit nicht mehr auf diesem Weg.

Man sagt, der Ausfall der französischen Wahlen sei vorwiegend innerpolitischen Gründen zuzuschreiben. Gewiß. Aber wenn Poincaré siegreich, d. h. mit einem greifbaren Ergebnis, mit der Zertrümmerung des Bismarck'schen Reiches, mit der politischen Loslösung der linksrheinischen Gebiete vom Reich aus dem Kampf um den Rhein hervorgegangen wäre, wären auch die Wahlen anders ausgefallen, als sie es heute sind. So fehlte dem französischen Steuerzahler das Vertrauen, daß auf dem bisherigen Weg noch Wesentliches zu erreichen sei; und für eine aussichtslose Sache ließ er sich nicht sein Geld aus-

der Tasche ziehen. Die Fragen, vor die sich die französische Politik gestellt sieht, werden auch für eine neue französische Regierung die gleichen sein, wie für die bisherige. Aber diese muß nach neuen Methoden und Auswegen Ausschau halten, um sie zu bewältigen. Das kann zu tasten und schwanken führen und damit könnte der französischen Politik jene Zielsicherheit verloren gehen, die im diplomatischen Kampf der letzten fünfzehn Jahre ihre Stärke und Überlegenheit ausgemacht hatte. Dadurch kommt Europa seinem Gleichgewicht um einen, wenn auch noch so kleinen Schritt näher, den auch die Schweiz als Entspannung ihrer außenpolitischen Lage empfindet.

* * *

Wir werden gut tun, unsere ganze Aufmerksamkeit den Fragen zu schenken, die auftreten können, wenn eine neue französische Regierung sich zur Verfolgung der Ziele der französischen Politik unmittelbarer des Völkerbundes bedienen will, als die bisherige. Gewisse Teile der schweizerischen Öffentlichkeit erliegen sowieso leicht den Schlagworten eines links gerichteten Frankreich. 1798 ist die alte Eidgenossenschaft auch in erster Linie durch die Schlagworte des revolutionären Frankreich besiegt worden; die französischen Bayonette warfen nur noch die äußeren Rahmen der von der französischen Propaganda unterhöhlten eidgenössischen Staatswesen über den Haufen. Darum erwächst mit dem Herauskommen einer französischen Politik, die den Völkerbund unmittelbar vor ihren Wagen spannt, der Schweiz die Gefahr, unter dem Deckmantel von Völkerbunds- und Weltfriedensidealen für fremde politische Zwecke mißbraucht zu werden.

Frankreich stützt seine kontinentale Vorherrschaft unter anderem auf die Institution des Völkerbundes. Seit einigen Jahren ist es auch mit Erfolg tätig, den Völkerbund in dem Sinne „auszubauen“, daß ihm durch Einfügung eines — das französische Bündnisystem umfassenden — militärischen Sonderbundsvertrages, des sog. Garantiepaktes, die bisher fehlende militärische Schlagfertigkeit verliehen wird. Bezeichnenderweise steht die durch Herrn Motta vertretene Schweiz — im Gegensatz zu anderen Neutralen wie Holland, Norwegen und Schweden — durchaus auf dem französischen Standpunkt, daß diese Errichtung eines militärischen Sonderbundes innerhalb des Völkerbundes lediglich eine „Ergänzung“ zu diesem, nicht aber eine Abänderung des ursprünglichen Völkerbundsvertrages nach seinem Inhalt und Zweck bedeute.

Im Gegensatz zur französischen Völkerbunds politik steht neuerdings die englische. Bedient sich Frankreich des Völkerbundes als Stütze seiner kontinentalen Vorherrschaft, so möchte das England Mac Donalds ihn gerade dazu benutzen, Frankreich aus dieser Vorherrschaft zu verdrängen und mit seiner Hilfe wieder ein kontinentales Kräftegleichgewicht herzustellen. (Vergl. für die französische und die englische Auffassung je einen Aufsatz aus der „Revue des Deux Mondes“ und der „Fortnightly Review“, die wir beide auszugsweise im Anschluß an unsere „Umschau“ zum Abdruck bringen.)

Aber die Aussichten der englischen Pläne mit dem Völkerbund wollen wir uns heute nicht auslassen. Wir möchten bloß noch einen Hinweis darauf bringen, auf was für harte Proben der innere Friede der Schweiz gestellt werden könnte, wenn der Fall, daß England seine Absichten verwirklichen wollte, eintreten würde und die Schweiz sich gezwungen sähe, im Völkerbund auf der einen oder andern Seite Stellung zu beziehen. Schrieb doch dieser Tage Gaston Bridel in der „Gazette de Lausanne“: Wenn die neuen Machthaber in Frankreich den Völkerbund eine größere Rolle spielen lassen und sich auch damit der Mac Donald'schen Politik annähern wollten, so werde das sicherlich von ihm nicht beklagt; bloß sei es eine Gefahr, den Völkerbund voreilig (!) zu etwas machen zu wollen, was er nicht halten könne, und man sehe „noch (!) nicht, daß Rußland und selbst Deutschland die geforderten Bedingungen erfüllten, ohne die die anständigen (!) Völker erröten müßten, sie in einer Versammlung zu empfangen, die über jeden Verdacht erhaben sein muß.“

Im Bewußtsein des Volkes ist diese Erkenntnis, daß die Schweiz beim Austrag der internationalen Handel nicht mittun kann, wenn sie dabei nicht

in Stücke gehen will, und daß sie daher auch im Völkerbund nicht am richtigen Platz ist, bereits wieder allgemein. Nichts ist vielleicht bezeichnender dafür, als der Umstand, daß die Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund trotz krampfhaftester Anstrengungen, das Schweizervolk für die internationalen Händel des Völkerbundes zu interessieren, ihre Mitglieder nicht einmal mehr auf die Zahl des ehemaligen, in ihr aufgegangenen Schweizerischen Friedensvereins zu bringen vermag und ihre geistige Leitung auch mehr und mehr an die welsche Schweiz abgibt. Nur unsere politische Leitung kann noch nicht von den Vorstellungen von 1919 lassen, nach denen, wie sich die Botschaft vom 4. August 1919 ausdrückt, „jene Politik, die ihre Grundlage in einer annähernden Gleichgewichtslage der Kontinentalmächte und ihrer Gruppierungen hat, heute nicht mehr möglich ist“; weswegen ja auch (laut derselben Botschaft) für die Schweiz die Zeit gekommen sein sollte, „über ihre individuelle nationale Aufgabe hinaus in eine höhere, internationale (d. h. in das französische Imperium) hineinzuwachsen.“

* * *

Einige Hoffnung macht man sich nach dem französischen Kurswechsel auf eine günstigere Wendung im Zonenkonflikt. So wie die Sache jetzt lag, war sie — trotz allen offiziellen Beschwichtigungsversuchen — völlig hoffnungslos. Die Ausarbeitung einer schiedsgerichtlichen Grundlage je einem Juristen jedes Landes zu übertragen, war, wie wir stets angenommen hatten, nur ein weiteres Verschleppungsmanöver Poincarés gewesen, zu dem Herr Motta seine stillschweigende Zustimmung gegeben hatte. Die ersten Verhandlungen zwischen den beiden Rechtsdelegierten, die vorige Woche in Paris stattfanden, verliefen gänzlich ergebnislos, indem der französische Delegierte mit der größten Unverfrorenheit einfach den Standpunkt vertrat, der von der Schweiz in bald einem halben Duzend Noten als für sie völlig unannehmbar und außerhalb jeder Diskussion liegend erklärt worden war. Ob es heute für Frankreich noch ein Zurück gibt, nachdem — dank der schwächlichen Haltung der Bundesversammlung im vergangenen Herbst — der Tatbestand der Aufhebung der Zonen bereits ein halbes Jahr gedauert und die französischen Zollposten sich an Genfs Grenzen auf dauerndes Bleiben eingerichtet haben, mag dahingestellt sein. Eine kleine Hoffnung können wir vielleicht auf den Umstand gründen, daß die neugewählten savoyischen Kammerabgeordneten in der Wahlkampagne sich als eifrige Zonenanhänger bekannt haben und vielleicht teilweise dieser Stellungnahme ihre Wahl verdanken.

* * *

Die verschiedenen Tessiner Zwischenfälle der vergangenen Wochen haben ihre diplomatische Erledigung gefunden. Mag diese Erledigung diplomatisch durchaus befriedigend sein, so entbehrt sie doch für unser Land nicht eines recht bitteren Beigeschmacks. Die Schweiz steht vor der Welt als der Unruhestifter da. Wir müssen über Schweizerbürger dem Nachbarn Genugtuung gebende Strafen verhängen. Der Fall des Bürgermeisters von Ponte Tresa, d. h. dessen angeblich tätliche Beleidigung in Varese, soll sich als eine arge Übertreibung herausgestellt haben, so daß dafür von Italien keine Genugtuung zu erhalten war. Herr Motta verkündet in seiner offiziellen Mitteilung stolz, daß die Zwischenfälle die vortrefflichen Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz in keiner Weise beeinflusst haben und daß die italienische Regierung alles getan habe, diese Beziehungen unverändert zu erhalten.

Gewiß, Herr Mussolini legt den allergrößten Wert auf gute Beziehungen mit der Schweiz. Das hat er soeben den — wieder einmal! — auf der Reise befindlichen schweizerischen Journalisten in Mailand bestätigt. Darum vermögen solche Zwischenfälle diese Beziehungen auch nicht zu „beeinflussen“. Wie aber, wenn eines Tages Italien keinen so großen Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz legen und im Gegenteil in solchen von schweizerischer Seite provozierten Zwischenfällen — deren Provokation durch eigene Landsleute wir bisher ja

nicht zu verhindern fähig waren — einen erwünschten Anlaß zum Abbruch der Beziehungen finden würde?

Wir sind überzeugt, daß im Zusammenhang mit der Wendung der faszistischen Außenpolitik nach dem mißlungenen Korsuabenteuer die faszistischen Organisationen im Ausland strengste Order haben, die Veranstaltung von Zwischenfällen zu unterlassen. Wenn es trotzdem auch in letzter Zeit noch zu einigen solchen gekommen ist — wie z. B. in Varese, Nizza u. a. o. —, bei denen die Fasziisten der unmittelbare oder mittelbare Anlaß waren, so handelte es sich da noch um Auswirkungen der bisherigen Taktik, die sich nicht von einem Tag auf den andern beheben lassen. Auch an anderen Stellen fehlt es nicht an Entgleisungen und Verstößen gegen die gegenwärtige offizielle Parole. Stand doch noch vor einigen Tagen in einem Benediger Fasziisten-Blatt die schöne Stelle: „Italien ist noch verstümmelt. Wir wollen die Grenzen, die uns die Natur gab und die Dalmatien, Malta, Korsika und den Kanton Tessin umfassen; aber wir wollen der Regierung keine Verlegenheiten bereiten und dem Duce die Sorge um die Einheit des Vaterlandes überlassen. Trotzdem ist es aber notwendig, diese Idee zu verbreiten und zur See, zu Land und in der Luft die nötigen Kräfte immer wachsam und bereit zu halten.“ Viel bemerkt worden ist ja auch der Kommentar des „Ambrosiano“ zu den Mailänder Erklärungen Mussolinis: er hoffe, die Worte des Ministerpräsidenten, daß es für Italien keine Tessinerfrage gebe, seien nicht der wahre Ausdruck seiner Gedanken. Daß nun allerdings der „Ambrosiano“, dem man auch wie den sog. „Giovani Ticinesi“ und Verfassern der „Questione Ticinese“, nahe Beziehungen zum französischen Botschafter in Italien, Barrère, nachsagt, keine Freude an einem guten Verhältnis zwischen der Schweiz und Italien und an einer Entspannung der erregten Stimmung beidseits der schweizerisch-italienischen Grenze hat, ist begreiflich.

Italien entwickelt seit einigen Monaten in der internationalen Politik eine große Regsamkeit. Um für einen künftigen europäischen Konflikt nach allen Seiten hin freie Hand zu haben, muß es heute nach allen Seiten gute Beziehungen pflegen. Darum kann es auch an keiner seiner Grenzen Unruheherde brauchen. Besonders hat es kein Interesse daran, die Schweiz durch Beunruhigung ihrer Südgrenze noch mehr in die — zur Aufnahme so gerne bereiten — Arme Frankreichs zu treiben. Die leichte Festigung der europäischen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Mißlingen der französischen Pläne am Rhein, läßt auch für Italien die Zeit der Handstreichs vorbei sein.

So sehr wir Anlaß haben, uns darüber zu freuen, daß wir damit für einmal der unmittelbarsten Gefährdung entronnen sind, sollten wir uns doch nicht bei dieser Feststellung beruhigen und die Hände in den Schoß legen. Der Umstand, daß der unmittelbare Anlaß oder die Provokation zu den beunruhigenden Zwischenfällen der letzten $\frac{3}{4}$ Jahre an unserer Südgrenze fast ausnahmslos von „schweizerischer“ Seite ausgegangen sind — selbst das Buch über die „Questione Ticinese“ ist ja schließlich von „Schweizern“ geschrieben worden, und auf die in der Schweiz im Zusammenhang mit seinem Erscheinen gegen Italien erfolgte Erregung konnte ein italienisches Blatt mit Recht erwidern, dieses von Schweizern über eine „schweizerische“ Frage geschriebene Buch gehe ja Italien gar nichts an —, dieser Umstand sollte uns zum Bewußtsein bringen, daß wir ernsthaften Anschlägen auf die Schweiz politisch gänzlich hilflos gegenüberstehen und dem Gegner noch jede beliebige Waffe zur Förderung seiner Absichten in die Hände liefern. Es ist wirklich nicht unser Verdienst, wenn es uns bisher nicht schlimmer ergangen ist. Sollten wir nicht versuchen, künftig doch ein wenig mehr unseres Schicksals Schmied zu werden?

* * *

Während unsere offizielle Außenpolitik noch immer getreulich die von Ador 1919 eingeschlagene Richtung des Abbaus unserer außenpolitischen Handlungsfreiheit und völkerrechtlichen Stellung einhält, darf man mit Genugtuung feststellen, daß an unserem Wehrwesen seit fünf Jahren eine stille, aber stetig fortschreitende Wiederaufbauarbeit geleistet worden ist. Aus dem einleitenden Teil über den Stand unseres Wehrwesens der bundesrät-

lichen Botschaft betreffend Einführung einer neuen Truppenordnung entnehmen wir, wie stark in den Jahren 1919 und 1920 der Abbau unseres Wehrwesens gewesen war. „Wir erinnern daran — heißt es dort auf Seite 3 —, daß im Jahre 1919 die militärische Tätigkeit fast ganz eingestellt war... Auch im Jahre 1920 waren die neben den Rekrutenschulen stattfindenden Dienstleistungen gering... Ebenfalls im Jahre 1919 sind strengere Vorschriften für die Rekrutierung aufgestellt worden, die eine starke Herabsetzung der Rekrutenzahl zur Folge hatten... In den Militärwerkstätten und Zeughäusern des Bundes arbeiteten am Ende des Jahres 1920 noch 1800 Arbeiter gegen deren 7300 im Herbst 1918.“

Seither ist es anders geworden. Man hat einsehen gelernt, daß es wirklich keinen Sinn hat, wenn die Schweiz sich mit ihrer Entwaffnung freiwillig an die Seite der wehrlos gemachten Besiegten des Weltkrieges stellt und sich dadurch schutzlos den gleichen Vergewaltigungen aussetzt, denen jene jederzeit preisgegeben sind. Was mit Rücksicht auf die Volksstimmung und die Staatsfinanzen und auf die von den Siegern des Weltkrieges in so schönen Variationen geblasenen und von unsern Staatsmännern plötzlich so adorierten Weltfriedensschalmeien damals abgebaut worden war, ist seither mit Ausdauer und Opferfreude wieder aufgebaut worden. Man gibt sich in unsern obersten militärischen Behörden heute keinerlei Täuschung über die wirkliche Lage Europas hin: „Jeder, der seine Augen den Tatsachen nicht verschließt — lesen wir auf Seite 4 obgenannter Botschaft —, muß es sehen: Der Friede und die Ruhe zwischen den Völkern sind leider noch nicht in dem langersehnten Maße eingeleitet und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gegensätze trotz aller Anstrengungen sich nicht auf dem Wege der Verständigung lösen lassen, sondern zu einer nochmaligen gewaltsamen Auseinandersetzung führen... Wir wissen, daß wir von einem Tag auf den andern bereit sein müssen, und daß es ausgeschlossen ist, im letzten Augenblick dasjenige nachzuholen, was rechtzeitig zu tun wir aus allzu großem Vertrauen oder aus Mangel an Entschlußfähigkeit versäumt haben.“

Über die neue Truppenordnung selbst, die durch diese Botschaft den eidgenössischen Räten zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ein Urteil abzugeben, fühlen wir uns nicht kompetent. Sie dürfte aber sicher in ihren Grundzügen unserer Armee das bringen, wessen sie bedarf, um zur Verteidigung unseres Gebietes und unserer staatlichen Unabhängigkeit im Stande zu sein.

Eine Frage nur glauben wir an die Räte, die diese neue Truppenordnung beschließen, stellen zu müssen: was nützt alles militärische Gerüstetsein, wenn wir politisch im entscheidenden Augenblick versagen? Auch politisch müssen wir „von einem Tag auf den andern bereit sein“ und können nicht „im letzten Augenblick dasjenige nachholen, was rechtzeitig zu tun wir aus allzu großem Vertrauen oder aus Mangel an Entschlußfähigkeit versäumt haben.“ Noch vor nicht allzu langer Zeit ist es passiert, daß ein Gesuch um Benützung des schweizerischen Gebietes für den Durchtransport fremder Truppen vom Vorsteher des Politischen Departements zuerst bejahend beantwortet wurde und daß, als dann die Antwort des Gesamtbundesrates doch ablehnend ausfiel, von 21 welschen Parlamentsmitgliedern ein Inwiedererwägungziehen der Durchzugsverweigerung verlangt wurde. Es hat seither keine Änderung in der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten stattgefunden. Wer bürgt also dafür, daß uns z. B. die hinter verschlossenen Türen geführten Unterredungen der Herren Beneš und Duca mit Herrn Motta eines Tages nicht in noch viel heiklere Situationen bringen?

* * *

Ende April hatte sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei mit der Frage der Beteiligung am Bundesrat beschäftigt. Die Geschäftsleitung hatte einen dahingehenden Antrag an den im nächsten September stattfindenden Parteitag gutgeheißen, daß der Parteitag grundsätzlich mit der Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an der Landesregierung einverstanden sei und es dem Vorstand überlasse, den Zeitpunkt für die Ausführung

dieses Beschlusses zu bestimmen. Der Parteivorstand warf diesen Beschluß der Geschäftsleitung um und beantragt seinerseits dem Parteitag mit 16 gegen 15 Stimmen Ablehnung der Beteiligung.

Beachtenswert ist die Begründung, die Robert Grimm in einem in der „Roten Revue“ erschienenen Aufsatz „Taktik und Grundsätze“ seiner Stellungnahme gegen die Beteiligung gibt. Die Auseinandersetzung über die Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat sei unter den heute obwaltenden Verhältnissen keine rein taktische, sondern eine „Auseinandersetzung über die Grundlagen und Prinzipien der Partei überhaupt“. Die Tatsache, daß nach dem 17. Februar des Jahres die Idee eines Linksblokes aufgetaucht, daß in der Nationalratsfraktion die Frage der Beteiligung am Bundesrat mit der Frage Demokratie oder Diktatur verknüpft, daß in einem Programmentwurf die Behauptung aufgestellt worden sei, die sozialdemokratische Partei habe aufzuhören, eine Partei der Opposition zu sein, weil sie im Laufe der nächsten 50 Jahre sowieso die politische Macht nicht erringen könne, all das zeige nur, „daß man sich über die Fundamente der Partei und der Arbeiterbewegung nicht mehr überall klar ist.“ Dasein und Entwicklung der Sozialdemokratie beruhten auf „wissenschaftlicher Begründung“; der Sozialismus sei eine „aus der Entwicklung der Produktivkräfte hervorgehende geschichtliche Notwendigkeit“; wenn die Kriegs- und Nachkriegszeit diese Überzeugung auch vielerorts erschüttert und Zweifeln Raum gegeben habe, so wiesen die „objektiven Voraussetzungen des sozialistischen Werdens“ — die weitere Konzentration und Zentralisierung des Wirtschaftslebens, die Vergrößerung des sozialen Abstandes zwischen den Klassen, die durch Entwicklung der Technik und die Verfeinerung der Arbeitsmethoden chronisch werdende Arbeitslosigkeit, die Fortschritte der Industrialisierung und der Rückgang der Landwirtschaft, u. s. w. — eben doch auf die baldige „Notwendigkeit einer Organisation der Produktion in sozialistischem Sinne“ und darauf hin, daß „wir dem Sozialismus näher sind als vor dem Kriege“.

Wir gehen mit Herrn Grimm in der Feststellung obiger Tatsachen — mit einigen Einschränkungen — einig. Wir gehen sogar noch etwas weiter und gestehen ein, daß unsere Demokratie Merkmale einer verschleierte plutokratischen Oligarchie aufweist: durch Beherrschung eines Teils der Presse und der Bundesversammlung üben kleine Kreise der Großbanken- und Großindustriewelt mehr Einfluß auf den Gang der Geschäfte aus, als nach demokratischen Grundsätzen zulässig ist; das Volk gibt der dumpfen Erkenntnis dieser Verhältnisse und seinem Unmut darüber gelegentlich mit dem Stimmzettel Ausdruck. Aber wir ziehen aus solchen Feststellungen die entgegengesetzten Folgerungen wie Herr Grimm. Herr Grimm und mit ihm seine Partei freuen sich über jede Verschlimmerung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, weil sie davon Gewinn und Auftrieb für ihre — Partei erhoffen; hat diese infolge der Zerrüttung aller Verhältnisse einmal genügend Zulauf erhalten, dann soll für sie der Augenblick gekommen sein, die Macht an sich zu reißen. Das ist parteitaktisch alles sehr richtig; auch Marx war nie mehr als ein Parteitaktiker; bis zur Übernahme der Macht durch die Partei geht alles nach Programm. Aber dann? Die „Kapitalisten“ schlägt man tot; alle sozialen Unterschiede werden „ausgeglichen“. Wo aber nimmt man den Ingenieur, den Fabrikleiter her, der lediglich für seine Ausbildung so viel Geldmittel benötigt, wie der Handarbeiter sein ganzes Leben lang? Wen trifft es, wenn die Fabrik nicht mehr richtig geleitet ist, die Produktion stockt? Wen trifft es, wenn bei hohem Lohn nur noch einige Stunden im Tag gearbeitet, das Fabrikationsprodukt unerschwinglich teuer, der Absatz unmöglich wird und das industrielle Leben erliegt? Mit was sollen die Lebensmittel bezahlt werden, die zur Ernährung der im Verhältnis zur eigenen Lebensmittelproduktion ein mehrfaches zu großen Bevölkerung aus dem Ausland herbeigeschafft werden müssen, wenn es keine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie mehr im Lande gibt?

Wir glauben mit Herrn Grimm an eine Naturgesetzlichkeit, gegen die Menschengestalt und Menschenhand nichts vermögen. Wenn zum Beispiel jemand

den Ast abfällt, auf dem er sitzt, so fällt er mit Notwendigkeit zu Boden. Uns scheint, man könnte nun mit einigem gutem Willen feststellen, daß die Arbeiterschaft dank ihres Marxismus in den Ländern, wo sie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu Macht und Wirksamkeit gelangt ist, jeweils den Ast, auf dem sie saß, abgefällt hat und zu Boden gefallen ist. Schädigen kann ein Glied, das ein gesundes Funktionieren des Organismus, von dem es einen Teil bildet, zu vereiteln sucht, diesen Organismus natürlich schon. Aber es hat unter dem Schaden des Ganzen genau so zu leiden, wie die anderen Glieder. Unsere Demokratie funktioniert heute nicht überall befriedigend. Das liegt aber weniger an ihrer Form, als an denen, die ihren Inhalt ausmachen. Ist etwas mit unserer Arbeiterschaft, dann möge sie sich kraft ihrer Befähigung und Tüchtigkeit eine leitende Stellung im Staate erobern. Es steht ihr dazu kein Hindernis im Wege. Dadurch, daß sie weiter den „Bölimann“ spielen will, mit dem gerade diejenigen Kreise, die die Gegner ihrer wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen sind, die Bürger stets wieder zu schrecken und so um ihre Fahne zu scharen vermögen, sät auch sie nur wieder am Ast, auf dem sie sitzt.

* * *

Zu unserer Anmerkung über die Pariser Reise der Schweizer Schriftsteller nach Paris im vorigen Heft geht uns von Josef Reinhart folgende Zuschrift zu:

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie im nächsten Heft der „Monatshefte“ Ihre Notiz berichtigen würden, wonach ich als Gast der französischen Schriftsteller nach Paris reisen werde. Ich weiß nicht, woher der Irrtum rühren kann, daß mein Name mit diesem Anlaß in Beziehung gebracht wird.“

Wir wissen es natürlich auch nicht. Wir haben uns auf die Angaben der „Gazette de Lausanne“ verlassen. Vielleicht weiß diese es, warum sie unter den zu dieser famosen Reise eingeladenen Persönlichkeiten aufführte, die gar nicht eingeladen worden sind.

Zürich, den 24. Mai 1924.

Hans Dehler.

Das französische Bündnisystem.

Die „Revue des Deux Mondes“ veröffentlicht in ihrer zweiten Mai-Nummer unter dem Titel „La France et les Alliances“ einen Aufsatz, der besonders wegen der darin klargelegten Stellung Frankreichs zum Völkerbund auch unsere Aufmerksamkeit verdient. Der Name des Verfassers wird verschwiegen; gerade dieser Umstand und die hervorragende Sachkenntnis, die der Aufsatz verrät, lassen aber vermuten, daß es sich um eine „berufene“ Persönlichkeit handelt. Die Hervorhebung einzelner Stellen durch Sperr- oder Fettdruck geschieht durch uns. (Die Schriftleitung.)

* * *

Der Verfasser leitet seinen Aufsatz mit den Worten ein: „Unser Land ist heute in seine natürlichen Grenzen zurückgekehrt. Seine Tätigkeit richtet sich auf die Werke des Friedens, sein Geist nährt nicht irgendwie Eroberungsgedanken, sein einziger Wunsch ist, das so schwer erworbene nationale Erbe unverfehrt zu erhalten. Alle seine Anstrengungen sind einzig darauf gerichtet, die Verteidigung seiner Unversehrtheit sicher zu stellen.“

Er fährt dann fort, daß Frankreich diese Verteidigung zwar selbst besorgen könnte, daß ihm das aber sehr kostspielige Rüstungen auferlegen würde, wozu ihm die Mittel nicht reichten. Daher habe sich die alte Idee, andere Völker zur Mitarbeit für eigene Zwecke zu benützen, aufgedrängt und man habe mit Begeisterung die Gründung eines Völkerbundes begrüßt, der diese Mitarbeit sicher zu stellen schien. Leider hätten sich diese Hoffnungen allerdings nur zum Teil erfüllt, indem der Völkerbundsvertrag zwar wohl die

gegenseitige Gebiets- und Unabhängigkeitsgarantie seiner Mitglieder, nicht aber die nötigen Machtmittel zu deren Verwirklichung vorgesehen habe. Auch erstreckten sich die Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfe nur auf das wirtschaftliche und finanzielle Gebiet.

Der Verfasser kommt dann in einem 2. Abschnitt auf die Bedingungen zu sprechen, unter denen Deutschland einen Revanchekrieg unternehmen könne. Deutschland sei wegen der Verringerung seiner Finanzmittel und seiner Nahrungsquellen durch den Versailler Vertrag auf einen kurzen Krieg angewiesen, den es in Form eines plötzlichen, unerwarteten Angriffs beginnen müsse; die Kadern für eine Armee besitze es in der Reichswehr; an Menschen zur Auffüllung einer großen Armee fehle es ihm auch nicht; das notwendige Kriegsmaterial lasse sich bei seiner fortgeschrittenen Industrialisierung in sechs Monaten herstellen und habe dann erst noch den Vorzug, die neuesten vervollkommnungen zu enthalten.

Wenn nun Frankreich Deutschland die Freiheit einer solchen Vorbereitung lasse, sei seine Lage von Anfang an aussichtslos. Es bleibe dann nichts anderes übrig, als im gleichen Augenblick wie der Feind die Arbeit in den Kriegsfabriken zu beginnen und — Pfänder zu ergreifen. Aber wie lasse sich diese Taktik mit dem langjamen Hilfsverfahren, das der Völkerbundsvertrag vorsehe, vereinigen? Früher hätte die Grenzverletzung den leicht bestimmbareren Kriegsfall gebildet; heute würde ein Staat, der erst im Stadium der Feindseligkeiten zu Hilfe eilen wollte, seine Pflicht kaum erfüllen; seine industrielle Mobilisierung müsse zum mindesten diejenige des Gegners begleiten; seine Unterstützung beim ersten Symptom der Gefahr wirksam werden.*) Nun aber habe der Völkerbundsrat sechs Monate Frist, um seinen Bericht auszuarbeiten, wenn man die Sache dem Völkerbund unterbreite. Das sei gerade die Zeit, die Deutschland brauche, um seine Rüstung zu vollenden; lehne es den Entscheid des Rates schließlich ab, dann müsse Frankreich noch einmal drei Monate warten, bis es zu den Waffen greifen dürfe.

So sei man schließlich auf die einfache Idee zurückgekommen, daß einzig gemeinsame Interessen zu konkreten Verträgen, d. h. Verträgen, die auf einer allfälligen militärischen Zusammenarbeit beruhen, führen können. Am Tag nach dem Abschluß des Völkerbundsvertrages habe das siegreiche Europa daher der ganzen Welt seine Absicht kundgegeben, keine Revision der Friedensverträge durch Waffengewalt zu dulden. Alle interessierten Nationen seien darin einig gewesen und so seien seit 1920 der französisch-belgische, der

*) Man vergleiche damit folgende Sätze aus der Definition, die die ständige Abrüstungskommission des Völkerbundes dem Begriff des „Angriffskrieges“ gegeben hat, zu dessen „Abwehr“ bekanntlich die Garantiepaktallianz im Völkerbund geschaffen werden soll (siehe Societe des Nations, Journal Offiziell, Supplement special Nr. 16, S. 183):

„Künftig wird es nicht nur die Mobilisation der Armee sein, sondern diejenige des ganzen Landes, die den Feindseligkeiten vorausgeht (Ansammlung von Lagern an Rohstoffen und Kriegsmaterial, industrielle Mobilisierung, Ingangsetzung oder Steigerung der Fabrikation), alles Maßnahmen, die eine Kriegabsicht ausdrücken, die Anlaß zu Unterredungen und verschiedenen Auslegungen geben können und die inzwischen, wenn nicht gehandelt wird, dem Angreifer entscheidende Vorteile sichern...“

„Die Verletzung der Grenze durch bewaffnete Streitkräfte wird nicht mehr notwendigerweise der gewalttätige und offenkundige Akt sein, den er früher bildete... Das Überschreiten der Grenze durch die Truppen eines anderen Landes bedeutet nicht immer, daß dieses letztere der Angreifer sei. Besonders im Falle der kleinen Staaten kann die Handlung den Zweck haben, eine Anfangslage zu schaffen, die möglichst günstig für die Verteidigung ist, bevor der Gegner die Zeit hatte, seine überlegenen Kräfte zu sammeln. Eine so rasch wie möglich ergriffene militärische Offensive kann also ein Mittel und vielleicht das einzige Mittel des Schwächeren sein, sich gegen den Stärkeren zu verteidigen.“

französisch-polnische, der französisch-tschechische Vertrag und die Kleine Entente entstanden. Diese politischen Abkommen mußten von einer militärischen Ausrüstung gefolgt sein, die die betreffenden Staaten in Stand setzte, einem allfälligen Angriff des Feindes zu widerstehen; die Verbündeten hätten sich sogleich ans Werk gemacht; Frankreich trage augenblicklich zur Organisation und Instruktion ihrer Armeen durch die Militärkommissionen bei, die es in Warschau und Prag unterhalte und die sehr befriedigende Ergebnisse gezeitigt hätten; außerdem helfe es durch namhafte finanzielle Opfer, so z. B. habe es noch kürzlich Polen und Jugoslawien einen Kredit von 700 Millionen eingeräumt, um ihnen den Ankauf von Waffen und die Schaffung der Grundlagen einer Kriegsindustrie zu ermöglichen; auch ihre wirtschaftliche Mobilisierung sei nicht aus den Augen gelassen.

Der Verfasser fährt dann wörtlich weiter:

„Diese Rüstungen nehmen den abgeschlossenen Verträgen nicht ihren rein defensiven Charakter. Diese beabsichtigen nur, einen neuen Angriff der Feinde von gestern zu verhindern. Weit entfernt, den Frieden Europas zu bedrohen, versuchen sie im Gegenteil, ihn sicher zu stellen. Warum sollen sie sich unter diesen Bedingungen nicht in das große Friedensgerüst einordnen, dessen Grundlagen der Völkerbund errichtet hat? Warum sollen sie nicht einfach einen Abschnitt im Pakt von 1919 bilden?...

Der Völkerbundsvertrag hat für die europäischen Völker trotz seiner Schwächen ein großes moralisches und wirtschaftliches Interesse. Er verspricht zugunsten der Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs eine späte, aber machtvolle Dazwischenkunft. Die Nation, die die Revanche beabsichtigt, ist zum Voraus gewiß, daß ihre Anfangserfolge, so groß sie sind, ihr auf die Dauer nichts nützen, weil die ganze Welt sich gegen sie verbündet. Selbst wenn der Pakt nur auf wirtschaftlichem Gebiet spielen sollte, würde er uns im Falle eines langen Krieges mehr als nur eine moralische Unterstützung bringen. Offensichtlich sind die Blockade und der Boykott der Waren nicht im Stande, bei Beginn der Feindseligkeiten die geringste Rolle zu spielen. Aber wenn diese sich hinausziehen, werden deren Waffen schrecklich; Deutschland hat die harte Erfahrung davon gemacht...

In Wirklichkeit bilden der allgemeine Vertrag von 1919 und unsere Verträge ein harmonisches Ganzes; sie ergänzen sich und stehen niemals im Widerspruch zueinander; sie bilden die Steinschichten von verschiedener Struktur, auf denen sich das Gebäude des Friedens erheben muß. Es scheint infolgedessen, daß alle Freunde der Ordnung, anstatt an dem Abschluß der letzteren Anstoß zu nehmen, sich freuen sollten, sie sich in Europa aufbauen zu sehen.

Mit seinem bewundernswerten Weitblick hat Beneš als erster die Notwendigkeit erkannt, die mannigfaltigen Sonderabkommen, die in den Jahren 1920 und 1921 abgeschlossen worden waren, in den allgemeinen Rahmen des Völkerbundes einzuordnen. Er legte daher der II. Völkerbundsversammlung vom Herbst 1921 einen dahingehenden Abänderungsvorschlag vor, daß die Möglichkeit des Abschlusses von regionalen Bündnissen in ihrem Schoße, die den Zweck haben, „die Verpflichtungen des Paktes hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens oder der internationalen Zusammenarbeit genauer zu bestimmen oder zu ergänzen“, anerkannt werden sollte. Die Versammlung vertagte diesen Antrag, aber stimmte ihm, in der Erkenntnis, wie sehr solche Abkommen zum Fortschritt des Völkerbundes auf dem Wege der praktischen Verwirklichung beitragen können, grundsätzlich zu. Kein Zweifel, daß man mit der Zeit zum heiß ersehnten Ziel gelangt.“

Alle Vorbehalte, die dagegen erhoben worden seien, hätten ihren Ursprung in der Meinung, „daß die Wahrheit, die Gerechtigkeit und das Recht ihre Wirkung auf die heutige öffentliche Meinung von selbst ausüben, ohne daß es nötig wäre, Gewalt in Bewegung zu setzen, um ihnen zum Siege zu verhelfen, und daß infolgedessen die moralische Tätigkeit des Völkerbundes ein genügendes Vertrauen einflößen sollte, um die allgemeine Entwaffnung a priori zu ge-

statten. Dann ist es weiter und ganz besonders ein instinktives Mißtrauen gegen allen Anschein einer Rückkehr zu den Vorkriegsallianzen, zum Gleichgewicht von Mächtegruppen, die als unausweichlich zu neuen Kriegen führend angesehen werden.

Diese Befürchtungen sind sehr berechtigt. Es scheint indessen möglich, sie zu überwinden und zu einer Formel zu gelangen, die jedermann versöhnt. Die Sonderabkommen könnten, um dem Vorwurf der Einseitigkeit zu entgehen, weiterherzig offen stehen. Nichts hinderte auch, für gewisse, weniger bedrohte Völker die Möglichkeit des Beitritts zuzulassen, ohne daß diese sich zu ebenso strengen Verpflichtungen gezwungen sehen würden. Diese Verpflichtungen wären beispielsweise so vorzusehen, daß sie sich ihren Möglichkeiten, ihrer militärischen Organisation, ihren besonderen politischen Anschauungen anpassen würden. Die Unterstützung gewisser Mächte könnte anfänglich auf das Gebiet zu Wasser und in der Luft, auf das wirtschaftliche und finanzielle Gebiet, diejenige anderer Mächte auf eine **passive Zusammenarbeit**, die den **Durchzug militärischer Kräfte und alliierter Materials durch ihr Gebiet gestatten** würde, u. s. w., beschränkt werden. Es würde daraus für Frankreich und die verträgeschließenden Staaten ein sehr wertvoller Zuwachs an Sicherheit folgen. Diese Abkommen würden in den Augen eines allfälligen Angreifers eine solche Macht darstellen, daß er kaum mehr versucht wäre, ihr Inkrafttreten zu veranlassen. Man würde so zu dem so heiß ersehnten Zeitabschnitt des Friedens gelangen, und dann, aber nur dann, könnte eine neue militärische Entwaffnung ins Auge gefaßt werden."

In Genf seien die Verhandlungen oft durch gewisse Mitglieder des Völkerbundes gestört worden, „die von ihrer vorgefaßten Idee ausgingen, daß man zuerst die Rüstungen einschränken müsse und daß der Friede natürlicherweise daraus folgen werde. Sie vergessen, daß mit der neuen Form, die der Krieg heute annimmt, die gefährlichsten Völker nicht diejenigen sind, die im Frieden militärische Kräfte unterhalten. . . Durch eine Umkehrung der Dinge sind es von nun an die pazifistischen Völker, die sich genötigt sehen, bewaffnet zu bleiben, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein. Ihre Lager an Kanonen und Munition ersetzen die Betonhausen von ehemals, sie bilden die Grundlage der Sicherheit, mit dem gleichen Recht wie die Flotte des britischen Reiches.

Die Verträge, die wir geschlossen haben, entspringen einer gleichen Auffassung. An dem Tage, an dem die Mitglieder des Völkerbunds sich von dieser Entwicklung Rechenschaft geben, wird das Einverständnis in dessen Schoß bald vorhanden sein. An diesem Tag wird das Organ von Genf eine Bedeutung erhalten, wie sie ihm alle wahren Freunde des Friedens wünschen."

England und das europäische Gleichgewicht.

Vor bald einem halben Jahr (in der Nummer vom 1. Januar) hat die „Fortnightly Review“, ein Mac Donald nicht ferne stehendes Organ, einen von „Augur“ gezeichneten Aufsatz veröffentlicht, aus dem wir, des Verständnisses willen, das er für die augenblickliche Politik Englands zu vermitteln geeignet ist, im folgenden einige Leitsätze wiedergeben. Der Aufsatz hat in der Nummer vom 1. Februar der gleichen Zeitschrift einer Antwort von französischer Seite gerufen, deren charakteristischen Inhalt wir ebenfalls zum Abdruck bringen. Der Sperrdruck, durch den wir einzelne Stellen besonders hervorheben, stammt von uns. (Die Schriftleitung.)

* * *

„Die britische Politik kehrt zur alten Tradition des europäischen Gleichgewichts zurück. Die britische Politik in Europa hat stets die freie Entwicklung der politischen Kräfte begünstigt. Aus diesem Grunde haben wir uns jedem Staate und jeder Verbindung von Staaten entgegengestellt, die durch Waffengewalt, durch geographische Vorteile oder durch geschickte Politik einen überwiegenden Einfluß erlangt hatte. . .

„Die Politik, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, führt für uns die Notwendigkeit mit sich, den stärksten Staat ausfindig zu machen und ihn dann entweder anzugreifen oder feste Abkommen mit ihm zu treffen, die ihn in der Möglichkeit beschränken würden, mit der Freiheit der europäischen Politik zu spielen oder Unruhe zu stiften. . .

„Wir können nicht leugnen, daß Frankreich, wie es jetzt dasteht, der mächtigste Staat in Europa ist. . . Und da müssen wir begreifen, wie sehr unsere Macht eingeschränkt worden ist. Wie das zustande gekommen ist, diese Fragen wollen wir unbeantwortet lassen. Das Einzige, was uns angeht, ist die unbestreitbare Tatsache der Vorherrschaft Frankreichs. . .

„Frankreich ist heute der mächtigste Staat in Europa. Nicht allein, weil seine Armee die stärkste ist. . . Die politischen Kräfte Frankreichs entwickeln sich heute politisch auch auf der wirtschaftlichen Ebene. . . Frankreich hat die Hauptquelle wirtschaftlicher Macht auf dem Kontinent ergriffen. . . Man sehe, wie Deutschland entrechtet dasteht. Deutschland ist seinen Händen überliefert. . .

„Frankreich hat auch ein System von Freundschaftsbündnissen und politischen Beziehungen in Europa aufzubauen gewußt, das ihm gestattet, Deutschland mit einem Eisenring von der Nordsee bis zur Ostsee zu umschließen. . . Quer über Mitteleuropa liegt der große Korridor neutraler und Frankreich freundlich gesinnter Staaten. . .

„Es ist klar, daß die Politik des europäischen Gleichgewichts die Notwendigkeit zu politisch-diplomatischen Gruppierungen in sich schließt. Als der Völkerbund geschaffen wurde, meinten seine Begründer, daß die Mitglieder sich auf ihn als einen gemeinsamen Mittelpunkt konzentrieren würden. In Wirklichkeit geschah das Gegenteil. . .

„Unser größter Gewinn würde natürlich sein, wenn wir den Völkerbund so umformen könnten, daß seine Autorität erhöht werden würde. Das könnte damit erreicht werden, daß wir die beiden Nationen, die wir draußen gelassen haben, Deutschland und Rußland, hineinbrächten. Der Bund wäre verbessert und würde den Charakter verlieren, den er jetzt als Instrument alliierter Zwanges hat. Aber Deutschland und Rußland hineinzubringen, ist keine leichte Aufgabe.“

* * *

Aus der Antwort eines Franzosen:

„Von unserm französischen Standpunkt aus ist die Theorie des europäischen Gleichgewichts überlebt. . . Sie wünschen, Großbritannien hätte keinen Rivalen in Europa. Das bedeutet, daß die europäischen Staaten gegeneinander, Gruppe gegen Gruppe, ausgespielt werden sollen, um einen allgemeinen Stillstand herbeizuführen. Sie bemühen sich, überall Ohnmacht herbeizuführen und nennen es Frieden. . . Ihre Absicht ist, durch das Spiel internationaler Beziehungen, Europa auf den Zustand einer friedvollen Schwäche zurückzuführen.

„Wir wünschen den Frieden, der durch starke Beschützer aufrecht erhalten wird. . . Wir wollen in Europa eine Interessengemeinschaft schaffen, die einen genügend starken Staatenblock schaffen wird, um den Frieden auf dem Kontinent aufrecht zu erhalten.“

Zur politischen Lage.

Die Reichstagswahlen. — Der Umschwung in Frankreich. — Was geschieht mit dem Plan der Sachverständigen? — Die Minderheitenfragen.

Die Entscheidungen im Wahlkampfe sind in Deutschland und Frankreich gefallen. Jenseits des Rheins entspricht das Ergebnis unsern im letzten Hefte geäußerten Erwartungen. Der Sozialismus als Ganzes hat fast 2 Millionen

Stimmen verloren. Er hat damit die Quittung für seine haltlosen Trugbildern nachjagende Außenpolitik und für sein Versagen in den praktischen Aufgaben der Verwaltung und Gesetzgebung im Innern erhalten. Daß der Rückschlag nicht noch größer wurde, ist der wirtschaftlichen Notlage und deren vielfach rücksichtslosen Ausnützung durch die Unternehmerschaft zuzuschreiben. Denselben Erscheinungen verdanken die Kommunisten ihren großen Erfolg; fast 4 Millionen Wähler haben für Moskau gestimmt! Das stellt für die nächste Zukunft schwerste Auseinandersetzungen im Innern in Aussicht. Sie haben ja bereits im Ruhrgebiet eingesetzt, wo die durch die Besetzungsmächte planmäßig geförderte wirtschaftliche Not und der Anhang der Kommunisten am größten ist.

Mehr beachtet als diese Vorgänge im sozialistischen Lager wurden überall die starken Gewinne der nationalen Parteien. Mehr als verdoppelt auf Kosten der Mittelparteien und der Sozialisten ziehen sie in den neuen Reichstag ein. Wir haben hier auf die Ursachen dieser Erscheinung schon mehrmals aufmerksam gemacht. Der furchtbare äußere Druck und die wirtschaftliche Not haben jetzt ihre ausgiebige Auswirkung gefunden. Immerhin hat sich auch bei dieser Gelegenheit das Beharrungsvermögen der Massen wieder gezeigt. Die alten Parteien haben zwar alle Verluste erlitten, aber sie sind doch alle wieder da. Das Zentrum hat seine Stellung fast völlig behauptet. Dagegen haben die Demokraten sehr stark gelitten und noch stärker die Volksparteiler, die Anhänger Stresemanns. So ist die Mitte zusammengeschwunden, aber sie ist immer noch in ansehnlicher Zahl vorhanden.

Damit stehen sich nun in Deutschland drei ziemlich gleich starke Gruppen gegenüber, genau wie in England. Und genau wie dort, ist deshalb die Bildung einer Regierung und noch mehr das Regieren selbst sehr schwierig. Irgend eine Kompromißlösung wird unumgänglich sein. Das wahrscheinlichste scheint mir, daß die bisherige Regierung in irgend einer ergänzten Form am Ruder bleibt. Das wird zu heftigen innerpolitischen Kämpfen führen; von den außenpolitischen Folgen wird noch zu sprechen sein.

* * *

Gewaltiges Aufsehen hat der unerwartete Ausgang der Wahlen zur französischen Kammer erregt. Man war ja auf eine gewisse Verschiebung in dem Durcheinander der französischen Parteien gefaßt. Aber nirgends, weder bei den jetzigen Siegern, noch bei den Besiegten, noch bei den Zuschauern hatte man einen so starken Umschwung geahnt. Am wenigsten wohl bei der Regierung selbst. Die vereinigten Linksparteien haben eine absolute Mehrheit erzielt, der Nationale Block ist unterlegen. Und mit ihm die Regierung Poincares und der Präsident Millerand. Eine Reihe der bekanntesten Parlamentarier sind nicht mehr gewählt worden. Die Mitarbeiter Clemenceaus, Tardieu und Mandel, dann der Royalist Daudet, und sogar der Präsident der Kammerkommission für die Armeeangelegenheiten, General Castelnau, sind alle durchgefallen. Neue Männer oder alte, schon in der Versenkung verschwundene, sind an ihre Stelle getreten.

Wie ist das gekommen? Zweifellos haben die mannigfachen empfindlichen Beschwerden den französischen Bürger veranlaßt, für die Opposition zu stimmen. Man vergesse nicht, daß der französische Republikaner nur alle vier Jahre einmal Gelegenheit hat, irgendwie Einfluß auf den Staat zu nehmen. Und nun hat er in den eben vergangenen Jahren sehr viel schlucken müssen: Stark erhöhte Steuern, das schnelle Ansteigen aller Preise, mit denen die Einkommen nicht Schritt hielten, u. s. w. Diese wirtschaftlichen, deutlich fühlbaren Gründe haben jedenfalls den Ausschlag gegeben. Politische Erwägungen, wie die Mißstimmung über die Aufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan, dann die üble Nachwirkung der zahlreichen Skandale in der Verwaltung (Wiederaufbau!) haben natürlich mitgewirkt. Ob außenpolitische Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, wie man jetzt vielfach gern glauben machen möchte, bezweifle ich sehr. Große Teile der jetzt siegreichen Koalition stehen außenpolitisch den unterlegenen Parteien sehr nahe. Und es ist nach allen Erfahrungen durchaus wahrscheinlich, daß die breite Masse der Wähler, besonders

im links stimmenden Südfrankreich, sich eben von den greifbaren Tatsachen der inneren Politik leiten ließen. So ist die Verschiebung zu Stande gekommen.

Die Sünden der Regierungsmehrheit hätten sich aber nicht in dem Maße rächen können, wenn nicht das französische Wahlgesetz eine solche Verschiebung außerordentlich begünstigen würde. Wenn man die Einzelresultate der Wahlkreise genauer betrachtet, so erkennt man sofort, daß die Verschiebungen in der Stimmenzahl nicht in einem so durchschlagenden Maße erfolgt sind, wie es dem Wahlergebnis entspricht. Schon früher haben die Linksgruppen überall starken Anhang gehabt. Sie unterlagen hauptsächlich durch ihre Zersplitterung. Jetzt hatten sie sich beinahe überall zusammengeschlossen und erwarben so automatisch alle Mehrheitsprämien des Wahlgesetzes. Kleine Verschiebungen konnten da über den Gewinn sämtlicher Mandate eines Wahlkreises entscheiden. Auf diese Weise kam der Gewinn von mehr als 100 Mandaten zustande.

Im Einzelnen ist einmal festzustellen, daß der Norden und Osten, also die vom Krieg betroffenen Gegenden, mehrheitlich für den nationalen Block und Poincaré gestimmt haben. In denselben Gebieten haben allerdings auch die Kommunisten ihren Anhang gefunden. Gegen 900,000 Stimmen haben diese erhalten, kaum ein Viertel so viel wie in Deutschland. Berücksichtigt man aber das Fehlen des Frauenstimmrechts und die kleinere Bevölkerungszahl, so wird man doch feststellen müssen, daß die französische Arbeitererschaft ebenso stark radikalisiert ist wie die deutsche.

Bemerkenswert sind die Ergebnisse im Elsaß und in Lothringen. Hier wird der nationale Block vor allem durch das Zentrum und weiter durch Teile des liberalen Bürgertums vertreten. Er hatte bei den früheren Wahlen in allen drei Wahlkreisen die absolute Mehrheit und damit alle Sitze erhalten. Auch jetzt ist das im Oberelsaß und in Lothringen wieder gelungen, wenn auch unter ansehnlichen Einbußen. Im Unterelsaß mit Straßburg dagegen ist diese Mehrheit verloren gegangen und unter 9 Abgeordneten ziehen jetzt von dort zwei Sozialisten und ein Kommunist ins Parlament ein. Mit dem letzteren, Huber, kommt auch zwar nicht der erste Abgeordnete deutscher Muttersprache, aber doch der erste, der überhaupt nicht Französisch spricht, nach Paris. Es wird interessant sein, zu sehen, wie die französische Kammer auf eine deutsche Rede reagieren wird; jedenfalls wird sich der Kommunist durch die Ermahnungen der Pariser Presse zum Patriotismus kaum bewegen lassen, stille zu sein. Auf der anderen Seite ist im Unterelsaß auf der Liste des Nationalen Blockes der aus Innerfrankreich zugezogene Comte de Leusse an den Schwanz gekommen und durchgefallen. Dagegen sind die ausgesprochenen Verfechter der elsässischen Sonderinteressen gewählt worden.

Die Bestürzung über den Wahlausgang ist im Elsaß groß. Bei der innerpolitischen Haltung der Sieger im Wahlkampfe muß man eben damit rechnen, daß jetzt daran gedacht wird, die französische kirchenfeindliche Gesetzgebung auch auf die „befreiten“ Provinzen zu übertragen. Damit würde das Elsaß vor schweren politischen Auseinandersetzungen stehen, die sich heute schon in sehr energischen Pressekundgebungen ankündigen.

Ob diese Befürchtungen Tatsache werden, hängt viel von der Bildung der neuen Regierung ab. Darüber weiß man zur Stunde noch ebenso wenig wie in Deutschland etwas genaues. Auch hier sind die Parteiverhältnisse nicht so klar, daß eine selbstverständliche Mehrheit vorhanden wäre. Es ist aber ebenfalls zu erwarten, daß die Mittelparteien die Regierung übernehmen werden, jedenfalls unter der Führung der siegreichen Radikalen. Wie weit diese sich aber auf Zuzug von rechts her stützen müssen, ist noch unsicher.

*

*

*

In der Basler „National-Zeitung“ hat Herr Ludwig Bauer plötzlich sein deutschfreundliches Herz entdeckt und beschwört im Namen aller wahren Freunde Deutschlands in der Schweiz, Österreich u. s. w. die Deutschen, sich doch als gute Europäer aufzuführen und jetzt bei der Annahme des Sachverständigen-gutachtens ja keine Schwierigkeiten zu machen. Nebenbei bemerkt ist es doch sehr bezeichnend, daß ausgerechnet in der schweizerischen National-Zeitung

ein zugelaufener Wiener Jude, der als Refraktär u. s. w. vorteilhaft bekannt ist, sich als Wortführer der Schweiz dem Auslande gegenüber aufspielt! Heil dir Helvetia, hast noch der Söhne ja. Im übrigen ist der Erguß nur ein Beispiel für die Ermahnungen, die jetzt von allen Seiten auf Deutschland einströmen.

Es gilt, den Deutschen die Annahme des Planes der Sachverständigen mundgerecht zu machen. Über diesen sind in Deutschland die Meinungen sehr geteilt. Über die Tatsache, daß große Geldopfer gebracht werden müssen, streitet man nicht, sondern nur um das wie. Der Sachverständigenplan sieht fremde Kontrollorgane vor, denen die deutsche Wirtschaft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre, vor allem die Reichsbahn. Wie groß die Gefahr ist, kann ein Außenstehender nicht beurteilen. Er kann nur begreifen, daß die Deutschen nicht auf das Wohlwollen ihrer Gegner abstellen wollen. Dazu kommt nun noch die enge Verkettung der Reparationsfrage mit den politischen Anlässen: Freigabe der Ruhr und der Tausende von Gefangenen, Rück- erstattung der rheinischen Bahnen und Wiederherstellung der staatlichen Rechte des Reiches im besetzten Gebiete. Man erinnere sich doch auch daran, wie oft schon die Deutschen ein fertiges Projekt zur Unterzeichnung vorgelegt erhielten. Sie wurden jeweilen mit allen möglichen Drohungen gezwungen, es zu unterzeichnen. Und regelmäßig stellte sich nach einiger Zeit die Unmöglichkeit der Durchführung heraus, was dann zu allen möglichen Repressalien Anlaß gab. Ähnlich liegt es jetzt. Einstweilen wird von allen Seiten der stärkste moralische Druck ausgeübt und mit allen möglichen Schrecknissen gedroht. Überall ist man im Ausland in den deutschfeindlichen Kreisen plötzlich sehr besorgt um das Wohl Deutschlands geworden. Allerdings müßten die freundlichen Ratschläge der „Times“ und Herrn Ludwig Bauers, wenn es gestattet ist, etwas Großes und etwas — Kleines nebeneinander zu nennen, die Deutschen eigentlich sehr mißtrauisch machen. Die ganze Sachlage fordert von den maßgebenden Faktoren in Deutschland schärfste Überlegung und rein sachliche Beurteilung.

Und in dieser Lage hat Deutschland überhaupt keine handlungsfähige Regierung und wird vielleicht auch nicht so bald eine haben. Das komplizierte Problem wird so zur Streitsache im Parteikampf. Der Plan der Sachverständigen wird von den einen unbesehen gelobt, von den andern in Grund und Boden verdammt. Beides ist nicht gerade empfehlenswert.

Und nun kommt dazu ferner noch der Regierungswechsel in Frankreich. Alles wird dadurch einstweilen noch unsicherer. Allgemein erwartet man eine Änderung der französischen Außenpolitik. Eine solche wird auch sicher eintreten, es fragt sich nur, ob nur in der äußern Form oder wirklich in ihrem Aufbau. Ich halte das letztere einstweilen für unmöglich. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die tägliche Herausforderung Deutschlands durch immer erneute Quälereien eine gewisse Milderung erfahren wird. Gelegenheit zur Wiedergutmachung der empörendsten Mißgriffe und Schandtaten ist im besetzten Deutschland genug vorhanden. Im übrigen aber sind die Grundzüge der französischen Politik auch den Leuten von der bürgerlichen Linken in Fleisch und Blut übergegangen. Man denke nur an Briand! So wird die Politik gegenüber Deutschland und überhaupt auf dem europäischen Kontinent keine grundlegende Änderung erfahren. Das Ideal der französischen Vormachtstellung auf dem Kontinent wird bleiben, nur wird es in andern Formen vertreten werden. Man darf sich aber dadurch nicht täuschen lassen.

So sieht man denn einstweilen noch nicht, wie das Reparationsproblem gelöst werden soll und wie überhaupt das deutsch-französische Verhältnis einigermaßen erträglich gemacht werden kann.

* * *

Dabei darf man eines nicht vergessen: Das Problem der Reparationen und des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht die einzige Frage, die den Frieden des europäischen Festlandes bedroht. Sie ist die gegenwärtig wichtigste, aber doch nur eine unter vielen. Seit den unglückseligen Friedensschlüssen von Paris haben wir eine derartig ungerechte und unhaltbare

Verteilung des europäischen Bodens, daß allüberall schwerste Konflikte bestehen. Fast alle Völker sind auf verschiedene Staaten aufgeteilt worden. Fast jeder Staat hat innerhalb seiner Grenzen mehr oder weniger zahlreiche, mehr oder weniger geschlossen wohnende Angehörige eines oder mehrerer fremder Völker. Nur die Pyrenäenhalbinsel, Schweden, Norwegen und Holland sind reine Nationalstaaten. Alle übrigen dagegen haben fremdvölkische Minderheiten, die sie mehr oder weniger gut behandeln und die ihnen mehr oder weniger zu schaffen machen. Auch England kennt die Minderheitenfrage in Ulster.

Einzelne Staaten sind außerordentlich bunt zusammengesetzt und zwar gerade die neu entstandenen. Die Tschechoslowakei hat deutsche, ungarische, polnische Minderheiten, die fast so zahlreich sind wie das Staatsvolk. Polen zählt weit über einen Drittel Fremdvölkische in seinen Grenzen, Rumänien mehr als einen Viertel, Südslawien etwas weniger. Auch die andern Staaten des neuen Balkans haben alle beträchtliche Minderheiten. Und selbst die großen Nationalstaaten der Deutschen, Franzosen und Italiener haben an ihren Grenzen fremde Volksteile. Weit aus am meisten Frankreich mit etwa 5 v. H. seiner Gesamtbevölkerung, Deutsche und Flamen. Am wenigsten Deutschland mit etwas über 1 v. H. Aber überall hat ein Volk das Ruder fest in den Händen und läßt dies seine Minderheiten fühlen. Je stärker die Mischung der Bevölkerung ist, desto unumschränkter regiert das Staatsvolk (Tschechoslowakei und Polen). Fast überall haben die Minderheiten um die Erhaltung ihrer Sprache und Art schwer zu kämpfen. Fast überall versucht man sie politisch, kulturell, wirtschaftlich zu bedrängen. Und fast überall entsteht dadurch ewige Unruhe, bitterer Haß und eine dauernde Drohung für die Zukunft.

Von allen Völkern ist heute das Ungarische am meisten zerstückelt. Fast die Hälfte ist an Rumänien, Südslawien und die Tschechei gefallen und wird dort außerordentlich bedrückt. Fast ebenso schlimm ist es den Deutschen ergangen. Abgesehen von Deutschland, Österreich und der Schweiz ist heute das geschlossene deutsche Sprachgebiet Mitteleuropas auf 11 Staaten aufgeteilt! In 7 europäischen Staaten gibt es mehr als eine halbe Million Deutscher. Und auch sie haben fast überall sehr schwer um ihre Existenz zu ringen. Millionen von Ukrainern sind an Polen und Rumänien gefallen und werden dort wie das Vieh behandelt. Und so könnte man noch Seiten lang aufzählen.

Das Problem der fremdvölkischen Minderheiten ist so für Europa zu einer der brennendsten Fragen geworden. Es beherrscht die gesamte Politik, die innere wie die äußere, Mittel- und Osteuropas. Es macht aber auch vor dem Westen nicht Halt. Irgend einmal wird die Landkarte wieder etwas vernünftiger eingerichtet werden müssen. Für heute aber handelt es sich darum, diesen Minderheiten eine erträgliche Lage, eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen. Sie müssen eigene Schulen und Kirchen haben dürfen, in der Öffentlichkeit und vor den Behörden die eigene Sprache verwenden können, Vereine, Zeitungen gründen dürfen und müssen in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten gleichberechtigt sein mit dem Staatsvolk.

Dieser Schutz der Minderheiten beschäftigt bereits seit längerer Zeit den Völkerbund. Er ist dort wohl aufgehoben. Denn geschehen ist noch so gut wie nichts. Im Gegenteil, vielfach ist nur eine unwürdige Komödie aufgeführt worden. Es wird aber bald irgend etwas geschehen müssen. — Wir werden auf die Frage noch ausführlicher zurückkommen.

A r a u, den 22. Mai 1924.

S e k t o r A m m a n n.